

## Konsultation zur Energy Taxation Directive

---

**UGA-Geschäftsstelle**  
Bernburger Straße 30/31  
10963 Berlin

### Integration von EMAS in den Gesetzgebungsprozess

Der Umweltgutachterausschuss (UGA) begrüßt das Vorhaben der Kommission, Rückmeldungen der Öffentlichkeit zur Revision der Energy Taxation Directive einzuholen und damit verbunden die europaweite Energiebesteuerung an aktuelle Klima-Gesetzgebung anzupassen. Als Beratungsgremium des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in Bezug auf EMAS, möchte der UGA die Notwendigkeit betonen, EMAS in ausreichendem Maße bei der Erstellung dieses Gesetzes zu berücksichtigen und einfließen zu lassen.

Mit EMAS existiert ein europäisches System, mit dem die Umweltleistung einer Organisation umfassend geprüft, bewertet und kontinuierlich verbessert wird. Die jeweiligen Prozesse dazu sind im Detail in der EMAS-Verordnung geregelt. Die Qualität dieses Systems wird durch die Umweltgutachter/innen gewährleistet, die ihrerseits einem standardisierten Prüfverfahren unterworfen sind, mit dem durch Zulassung und Aufsicht sichergestellt ist, dass sie die erforderliche Fachkompetenz und langjährige Berufserfahrung in der jeweiligen Branche haben und behalten. Das Leistungsspektrum von EMAS geht dabei insgesamt über die Betrachtung der Umweltleistungsdaten hinaus, etwa bei der Prüfung der Compliance der Organisation und bei der Einbindung der Beschäftigten und anderen Stakeholder.

Am 30. Juni 2017 veröffentlichte die EU-Kommission die REFIT - Studie. Das Ergebnis bestätigt die Wirksamkeit von EMAS, stellt aber auch seine geringe Anwendung fest. Die EU-Kommission hat daher im Rahmen des REFIT-Prozesses Wege zur Verbreitung von EMAS identifiziert und folgende Forderungen formuliert:

- Erhöhung des Nutzens von EMAS für registrierte Organisationen
- Erhöhung des Mehrwertes durch eine höhere Anerkennung durch Behörden
- Abbau sämtlicher unnötiger Hürden
- Erhöhung der Wahrnehmung und des Vertrauens in das EMAS-System

Um eben diese gewünschte Steigerung der Anwendung von EMAS als wirkungsvolles Instrument des Umwelt- und Klimaschutzes zu erreichen, bietet es sich besonders im Rahmen der Überarbeitung der Energy Taxation Directive an, steuerliche Vorteile für EMAS-Organisationen zu implementieren. In Deutschland ist dieses System der steuerlichen Vorteile für EMAS-Organisationen bereits etabliert und stellt einen wesentlichen Anreiz für potenzielle Anwender-Organisationen dar, sich für EMAS zu entscheiden, beispielsweise im Rahmen des

- § 55 Energiesteuergesetz (EnergieStG) & § 10 Stromsteuergesetz (StromStG) - Eine EMAS-Registrierung ist Voraussetzung dafür, eine Entlastung von der Energiesteuer gewährt zu bekommen, den so genannten Spitzenausgleich.
- oder § 64 Abs. 3 Nr. 2, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)) - Das EEG sieht vor, dass EMAS-registrierte Unternehmen den Nachweis für ein zertifiziertes Energie- oder Umweltmanagementsystem ohne Zusatzaufwand erfüllen. Sie müssen lediglich die Registrierungsurkunde vorlegen.

Dies wiederum führt in weiterer Folge dazu, dass Umwelt- und Klimaleistung flächendeckend verbessert werden können. Ähnliche Formulierungen mit einer expliziten Erwähnung von EMAS könnten auch in der Energy Taxation Directive Eingang finden, etwa unter Artikel 15 der Verordnung. Aus diesem Grund empfiehlt der Umweltgutachterausschuss ausdrücklich, dass der potenzielle Mehrwert, den EMAS bei der Erreichung der Ziele des Green Deals bieten kann, bei der Formulierung von Gesetzesvorhaben ausreichend berücksichtigt wird und im Rahmen der Energy Tax Directive Anreize für EMAS-Organisationen geschaffen werden, die die flächendeckende Ausbreitung des Managementsystems begünstigen.